



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Franz Bergmüller AfD**
vom 16.06.2019

Aktionen der Linksjugend [‘solid] in Bayern

Dem Bayerischen Verfassungsschutzbericht ist zu entnehmen: „Die Mitglieder der 1999 gegründeten „Linksjugend [‘solid]“ bezeichnen sich in ihrem Programm selbst als „SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen“. Sie beziehen sich darin unter anderem „positiv auf die emanzipatorischen Traditionen des Kommunismus“. Das Programm sieht die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln vor, befürwortet werden jegliche Projekte jenseits des Kapitalismus ... Im Zusammenhang mit Protesten gegen die Abschiebung von Flüchtlingen verbreitete die „Linksjugend [‘solid]“ ein Feuerzeug mit dem Aufdruck „Feuer und Flamme den Abschiebebehörden! #nodeportation!“ und signalisierte damit unverhohlen ihre Sympathie für gewalttätige Aktionen, insbesondere gegen staatliche Behörden ... Die Ortsgruppe Nürnberg beteiligte sich an der Ausrichtung von sog. Aktionstrainings in Nürnberg. Die „Linksjugend“ war Mitveranstalterin eines Workshops zum Thema „Kleingruppenaktionen – wie geht’s?“, bei dem Informationen zu Themen wie direkte Aktionen vermittelt werden sollten. Darunter verstanden die Veranstalter unmittelbar gegen den politischen Gegner gerichtete Aktionen, die auch die Begehung von Straftaten, z. B. Besetzungen und Sachbeschädigungen, einschließen können.“ (<https://www.innenministerium.bayern.de/med/aktuell/archiv/2019/190517verfassung/>)

Solid ist in zahlreichen Bundesländern in die linksextremistische Szene vernetzt: Im Bericht des Jahres 2016 führt das Landesamt für Verfassungsschutz der Hansestadt Hamburg aus: „Die Mitgliederstruktur von Linksjugend [‘solid] weist Überschneidungen zur trotzkistischen „Sozialistischen Alternative“ (SAV) auf. Verflechtungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg mit Linksextremisten.“

Einer Antwort auf eine Anfrage des Abgeordneten Hermann Schau (DIE LINKE) vom 22.03.2017 aus Hessen ist zu entnehmen: „Gezielt nutzen Linksextremisten Bündnisse wie etwa das Bündnis für Akzeptanz und Vielfalt gegen Diskriminierung und Ausgrenzung um in der Öffentlichkeit Akzeptanz für ihre Inhalte und ihr Vorgehen zu erhalten. Größere Demonstrationen breiter Bündnisse nutzen demonstrationserfahrene Personen insbesondere Autonome demnach, um ihr Wissen und ihr „Organisationsgeschick“ einzubringen und eigene Methoden zu etablieren. Mit diesem Wissen gelingt es Linksextremisten mitunter, Entscheidungsträgern auch in nichtextremistischen Bündnissen oder Gruppierungen (auch bei anderen Themen und Aktionsfeldern) „beratend“ zur Seite zu stehen oder bei Veranstaltungen bewährte autonome Strukturen als nicht hinterfragte, akzeptierte Mittel zu etablieren: In dieser Weise organisierten Autonome für den 30.10.2016 die Einrichtung eines Ermittlungsausschusses und den Einsatz der Demosanitäter.“

Nach Presseberichten wurden etwa vierzig Teilnehmer eines Protestlagers gegen den G20-Gipfel auf ihrem Heimweg auf einer Raststätte in Mecklenburg-Vorpommern kontrolliert und auf einer Raststätte in Brandenburg erkennungsdienstlich behandelt. Unter den kontrollierten Protestteilnehmern befanden sich auch Mitglieder der „Linksjugend solid Brandenburg“, deren Sprecherin die Landtagsabgeordnete Isabelle Vandré (Fraktion „DIE LINKE“) ist. Im Rahmen der Durchsuchung der durch die Businsassen mitgeführten Gegenstände wurden laut Medienberichten unter anderem Kleidungsstücke, die zur Vermummung und Schutzbewaffnung geeignet sind, sowie ein Nebeltopf und Gegenstände, die zur Sachbeschädigung dienen könnten, beschlagnahmt. Grund für die Kontrolle waren insbesondere Hinweise darauf, dass die Businsassen zu der in Hamburg durchgeführten „Welcome to hell“-Demonstration gereist waren, in deren Verlauf es zu schweren Gewaltstraftaten gekommen ist. Eine Dementierung bzw. Distanzierung dazu erfolgte durch die „Linksjugend solid Brandenburg“ bislang offenbar nicht.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Personalumfang Linksjugend ['solid] Bayern
 - 1.1 Wie viele Mitglieder umfasst die Linksjugend ['solid] Bayern (bitte nach Bezirken und Kreisverbänden aufschlüsseln)?
 - 1.2 Wie viele der derzeitigen Mitglieder der Linksjugend ['solid] Bayern sind dem bayerischen Verfassungsschutz namentlich bekannt?
 - 1.3 Über wie viele der derzeitigen Mitglieder der Linksjugend ['solid] Bayern hat der bayerische Verfassungsschutz ein Dossier o. Ä. angelegt?
2. Aktivitäten der Linksjugend ['solid]
 - 2.1 Wie viele Veranstaltungen wurden durch die „Linksjugend solid Bayern“ oder einen ihrer Funktionäre in den Jahren ab 2014 bis heute in Bayern angemeldet bzw. mitangemeldet (bitte für die Landkreise Altötting [AÖ], Berchtesgadener Land [BGL], Ebersberg [EBE], Erding [ED], Mühldorf [MÜ], Rosenheim [RO], ROLand, München [M], M-Land mit Angabe des Datums und des Veranstaltungsorts chronologisch aufschlüsseln)?
 - 2.2 Bei welchen Veranstaltungen der „Linksjugend solid Bayern“ kam es in den Jahren 2014 bis heute zur Einleitung von Ermittlungsverfahren (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Veranstaltung und Delikt)?
 - 2.3 Welchen Beitrag hat die Linksjugend ['solid], insbesondere die Linksjugend ['solid] Bayern, zu den „No PAG“-Protesten (PAG = Polizeiaufgabengesetz) in Bayern geliefert (bitte nach Zeit und Umfang aufschlüsseln)?
3. Proteste der Linksjugend ['solid] gegen Andersdenkende
 - 3.1 Zu bzw. an welchen „Protesten“ gegen Andersdenkende hat die bayerische Linksjugend ['solid] seit 2013 aufgerufen und/oder teilgenommen (z. B. G7-Gipfel in Bayern, No PAG etc.; bitte aufschlüsseln, mit welchen anderen – insbesondere vom bayerischen Verfassungsschutz beobachteten – Gruppierungen dieser Aufruf gemeinsam erfolgte bzw. die Teilnahme gemeinsam erfolgte etc., wie z. B. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands [MLDP], Deutsche Kommunistische Partei [DKP], Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD [Jusos], Grüne Jugend etc.)?
 - 3.2 Zu bzw. an welchen Aktionen gegen bayerische politische Parteien hat insbesondere die bayerische Linksjugend ['solid] seit 2013 aufgerufen und/oder teilgenommen (z. B. AfD-Parteitag in Augsburg/Nürnberg etc.; bitte aufschlüsseln, mit welchen anderen – insbesondere vom bayerischen Verfassungsschutz beobachteten – Gruppierungen dieser Aufruf gemeinsam erfolgte bzw. die Teilnahme gemeinsam erfolgte etc., wie z. B. MLDP, DKP, Jusos, Grüne Jugend etc.)?
4. Beteiligung der Linksjugend ['solid] Bayern an den G20-Protesten
 - 4.1 Wie viele Mitglieder der Linksjugend ['solid] Bayern haben sich nach Kenntnis der Staatsregierung an den G20-Protesten beteiligt (bitte aufschlüsseln nach der Anzahl, die sich beteiligt hat, der Anzahl, die ermittlungsdienstlich behandelt wurden, der Anzahl, gegen welche ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde)?
 - 4.2 Wie viele Mitglieder der Linksjugend ['solid] Bayern oder mit Wohnsitz in Bayern wurden im Umfeld mit den G20-Protesten bei z. B. Verkehrskontrollen kontrolliert und wurden als Information und/oder Kontrollergebnisse den bayerischen Behörden zugänglich gemacht (bitte nach Kontrollen in Bayern und in anderen Bundesländern aufschlüsseln)?
 - 4.3 Welche Gegenstände wurden bei den in Frage 4.2 abgefragten Kontrollen gefunden, die mit den Mitgliedern der Linksjugend ['solid] Bayern in Zusammenhang gebracht werden?
5. Beteiligung der Linksjugend ['solid] Bayern an Protesten gegen die Energieversorgung
 - 5.1 Wie viele Mitglieder der Linksjugend ['solid] Bayern haben sich nach Kenntnis der Staatsregierung an den „Protesten“ gegen die Energieversorgung Deutschlands z. B. im Hambacher Forst, Tagebau Garzweiler z. B. um den 23.06.2018, „Fridays for future“ beteiligt (bitte aufschlüsseln nach der Anzahl, die sich beteiligt hat, der Anzahl, die ermittlungsdienstlich behandelt wurden, der Anzahl, gegen welche ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde)?

- 5.2 Wie viele Mitglieder der Linksjugend [solid] Bayern oder mit Wohnsitz in Bayern wurden im Umfeld der in Frage 5.1 abgefragten „Proteste“ getätigten Polizeikontrollen kontrolliert und wurden als Information und/oder Kontrollergebnisse den bayerischen Behörden zugänglich gemacht (bitte nach Kontrollen in Bayern und in anderen Bundesländern aufschlüsseln)?
- 5.3 Welche Gegenstände wurden bei den in Frage 5.2 abgefragten Kontrollen gefunden, die mit den Mitgliedern der Linksjugend [solid] Bayern in Zusammenhang gebracht werden?
6. Staatsbeamte als Mitglieder der Linksjugend [solid] Bayern
- 6.1 Von wie vielen Staatsbeamten ist bekannt, dass sie Mitglieder in der Partei „DIE LINKE“ oder Mitglieder der Linksjugend [solid] Bayern sind?
- 6.2 Von wie vielen Lehrern oder Lehramtsanwärtern ist bekannt, dass sie Mitglieder in der Partei „DIE LINKE“ oder Mitglieder der Linksjugend [solid] Bayern sind?
- 6.3 Wie schützt sich der bayerische Verfassungsschutz davor, dass seine Mitarbeiter zugleich Mitglieder in der Partei „DIE LINKE“ oder Mitglieder der Linksjugend [solid] Bayern sind (bitte hierzu die konkreten Aufrufe/Initiativen der Führung des bayerischen Verfassungsschutzes mit Datum angeben)?
7. Verbeamtete in Demonstrationen unter Teilnahme von Extremisten
- 7.1 Wie haben sich verbeamtete Lehrer des Freistaates gemäß § 33 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) zu verhalten, wenn sie an einer Demonstration teilnehmen, auf der gleichzeitig und in unmittelbarer Nähe verschiedene Organisationen und Bündnisse, die vom Bundesamt oder von einzelnen Landesämtern für Verfassungsschutz als offen linksextremistisch eingestuft werden, unter sichtbarer Benutzung ihrer Erkennungszeichen, demonstrieren?
- 7.2 Wie haben sich verbeamtete Lehrer des Freistaates gemäß § 33 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) zu verhalten, wenn sie an einer Demonstration teilnehmen, auf der gleichzeitig und in unmittelbarer Nähe verschiedene Gruppierungen, die vom Bundesamt oder von einzelnen Landesämtern für Verfassungsschutz als offen rechtsextremistisch eingestuft werden, unter sichtbarer Benutzung ihrer Erkennungszeichen, demonstrieren?
- 7.3 Welche Rechtshinweise, Anordnungen oder Anweisungen hat die Staatsregierung in der Vergangenheit hinsichtlich der rechtskonformen Anwendung des § 33 Beamtenstatusgesetz bzw. vergleichbarer Regelungen für tarifbeschäftigte Lehrkräfte – insbesondere im Zusammenhang mit der Teilnahme an politischen Demonstrationen und der Abgrenzung zu extremistischen Organisationen – Staatsbeamten – insbesondere den Lehrkräften – zugeleitet (bitte diese Schriftstücke im Wortlaut dieser Anfragen beifügen)?
8. Welche personellen und/oder organisatorischen Überschneidungen zwischen der Linksjugend [solid] des Landesverbandes Bayern und anderen – insbesondere vom bayerischen Verfassungsschutz beobachteten – Organisationen bzw. Vereinen aus dem linken Milieu sind der Staatsregierung bekannt (bitte ausdifferenzieren für z. B. Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München [a.i.d.a.], Sozialistische Alternative [SAV], Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft [GEW], Deutscher Gewerkschaftsbund [DGB], „Rote Hilfe e. V.“, Interventionistische Linke, „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – VVN Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V.“, Jusos, Grüne Jugend etc.)?

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus
vom 30.07.2019

- 1. Personalumfang Linksjugend [’solid] Bayern**
- 1.1 Wie viele Mitglieder umfasst die Linksjugend [’solid] Bayern (bitte nach Bezirken und Kreisverbänden aufschlüsseln)?**

Bayernweit ist von einer Mitgliederzahl der Linksjugend [’solid] im mittleren dreistelligen Bereich auszugehen. Eine genaue Aufschlüsselung nach Bezirks- und Kreisverbänden ist nicht möglich, da das Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) seine Bearbeitungsschwerpunkte auf die gewaltbereiten Gruppierungen innerhalb der linksextremistischen Szene konzentriert. Zur Linksjugend [’solid] werden daher nur relevante Einzelerkenntnisse gesammelt und erfasst.

- 1.2 Wie viele der derzeitigen Mitglieder der Linksjugend [’solid] Bayern sind dem bayerischen Verfassungsschutz namentlich bekannt?**
- 1.3 Über wie viele der derzeitigen Mitglieder der Linksjugend [’solid] Bayern hat der bayerische Verfassungsschutz ein Dossier o. Ä. angelegt?**

Auf die Beantwortung der Frage 6.1 der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD) vom 21.02.2019 „Aufschlüsselung des Linksextremismus in Bayern“ durch das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) vom 26.03.2019 (Hinweis des Landtagsamts: ohne Drucklegung) wird verwiesen. Zu der dort genannten Personenzahl werden Daten gespeichert.

- 2. Aktivitäten der Linksjugend [’solid]**
- 2.1 Wie viele Veranstaltungen wurden durch die „Linksjugend solid Bayern“ oder einen ihrer Funktionäre in den Jahren ab 2014 bis heute in Bayern angemeldet bzw. mitangemeldet (bitte für die Landkreise Altötting [AÖ], Berchtesgadener Land [BGL], Ebersberg [EBE], Erding [ED], Mühldorf [MÜ], Rosenheim [RO], RO-Land, München [M], M-Land mit Angabe des Datums und des Veranstaltungsorts chronologisch aufschlüsseln)?**
- 2.2 Bei welchen Veranstaltungen der „Linksjugend solid Bayern“ kam es in den Jahren 2014 bis heute zur Einleitung von Ermittlungsverfahren (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Veranstaltung und Delikt)?**

Im Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) sowie im sonstigen polizeilichen Datenbestand ist eine automatisierte Recherche im Sinne der Fragestellungen nicht möglich. Eine Beauftragung zur notwendigen retrograden Erhebung und Zusammenführung dieser Daten würde zu einem erheblichen und nicht vertretbaren zeitlichen und personellen Aufwand führen – u. a. auch bei den betroffenen Basisdienststellen und Verbänden. Folglich kann eine Beantwortung der Frage nicht erfolgen.

- 2.3 Welchen Beitrag hat die Linksjugend [’solid], insbesondere die Linksjugend [’solid] Bayern, zu den „No PAG“-Protesten (PAG = Polizeiaufgabengesetz) in Bayern geliefert (bitte nach Zeit und Umfang aufschlüsseln)?**

Das Bündnis gegen das neue bayerische Polizeiaufgabengesetz „NO PAG“ unterliegt nicht dem Beobachtungsauftrag des BayLfV. Eine systematische Datenerhebung zu Veranstaltungen, Organisation und Mitgliedern findet somit nicht statt. Dem BayLfV ist jedoch bekannt, dass Gruppen der Linksjugend [’solid] am „NO PAG“-Bündnis beteiligt sind und Veranstaltungen des Bündnisses beworben und auch an diesen teilgenommen haben. Über einen darüber hinaus geleisteten Beitrag liegen dem BayLfV keine Erkenntnisse vor.

- 3. Proteste der Linksjugend [’solid] gegen Andersdenkende**
- 3.1 Zu bzw. an welchen „Protesten“ gegen Andersdenkende hat die bayerische Linksjugend [’solid] seit 2013 aufgerufen und/oder teilgenommen (z. B. G7-Gipfel in Bayern, No PAG etc.; bitte aufschlüsseln, mit welchen anderen – insbesondere vom bayerischen Verfassungsschutz beobachteten – Gruppierungen dieser Aufruf gemeinsam erfolgte bzw. die Teilnahme gemeinsam erfolgte etc., wie z. B. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands [MLDP], Deutsche Kommunistische Partei [DKP], Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD [Jusos], Grüne Jugend etc.)?**
- 3.2 Zu bzw. an welchen Aktionen gegen bayerische politische Parteien hat insbesondere die bayerische Linksjugend [’solid] seit 2013 aufgerufen und/oder teilgenommen (z. B. AfD-Parteitag in Augsburg/Nürnberg etc.; bitte aufschlüsseln, mit welchen anderen – insbesondere vom bayerischen Verfassungsschutz beobachteten – Gruppierungen dieser Aufruf gemeinsam erfolgte bzw. die Teilnahme gemeinsam erfolgte etc., wie z. B. MLDP, DKP, Jusos, Grüne Jugend etc.)?**

Eine systematische statistische Erhebung aller Veranstaltungen, an denen sich Extremisten beteiligen, findet nicht statt. Das BayLfV beobachtet nur extremistische Bestrebungen, die eine nicht unwesentliche gesellschaftliche Relevanz erreichen. Eine Beobachtung nichtextremistischer Vereinigungen (z. B. Jusos, Grüne Jugend) ist vom gesetzlichen Auftrag des BayLfV nicht gedeckt und findet dementsprechend auch nicht statt.

Wichtige Kampagnen der bayerischen Linksjugend [’solid] richteten sich gegen internationale Gipfeltreffen. So rief der Verband zu den Protesten gegen den G7-Gipfel auf Schloss Elmau 2015 und gegen den G20-Gipfel 2017 in Hamburg auf.

An diesen Protesten beteiligte sich neben Nichtextremisten das gesamte linksextremistische Spektrum. Hinsichtlich des Ablaufs der Proteste wird auf die Darstellungen in den Verfassungsschutzberichten 2015 (S. 171 ff.) und 2017 (S. 197 ff.) verwiesen.

Daneben beteiligte sich die bayerische Linksjugend [’solid] an dem Bündnis NO PAG. Zu den Unterstützern dieses Bündnisses zählten überwiegend nichtextremistische Gruppen, Vereine und Parteien, aber auch linksextremistische Organisationen und Parteien. Die vollständige Unterstützerliste kann im Internet unter www.nopagby.de/mitgliedsorganisationen/ eingesehen werden.

Die bayerische Linksjugend [’solid] beteiligte sich auch an Protesten gegen AfD-Veranstaltungen und rief zu Protesten gegen die AfD-Parteitage in Augsburg und Nürnberg auf. Eine vollständige Auflistung ist aus den oben genannten Gründen nicht möglich.

Hinsichtlich linksextremistischer Aktionen gegen Parteien wird im Übrigen auf die Verfassungsschutzberichte Bayern 2017 (S. 201 ff.) und 2018 (S. 210 ff.) verwiesen (abrufbar unter <http://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb-2018.pdf> bzw. <http://www.innenministerium.bayern.de/sus/verfassungsschutz/auftragundberatung/index.php>).

- 4. Beteiligung der Linksjugend [’solid] Bayern an den G20-Protesten**
- 4.1 Wie viele Mitglieder der Linksjugend [’solid] Bayern haben sich nach Kenntnis der Staatsregierung an den G20-Protesten beteiligt (bitte aufschlüsseln nach der Anzahl, die sich beteiligt hat, der Anzahl, die erkennungsdienstlich behandelt wurden, der Anzahl, gegen welche ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde)?**
- 4.2 Wie viele Mitglieder der Linksjugend [’solid] Bayern oder mit Wohnsitz in Bayern wurden im Umfeld mit den G20-Protesten bei z. B. Verkehrskontrollen kontrolliert und wurden als Information und/oder Kontrollergebnisse den bayerischen Behörden zugänglich gemacht (bitte nach Kontrollen in Bayern und in anderen Bundesländern aufschlüsseln)?**
- 4.3 Welche Gegenstände wurden bei den in Frage 4.2 abgefragten Kontrollen gefunden, die mit den Mitgliedern der Linksjugend [’solid] Bayern in Zusammenhang gebracht werden?**

Dem BayLfV liegen keine Erkenntnisse zu konkreten Teilnehmerzahlen von Linksjugend [’solid] Bayern an den G20-Protesten vor.

Im polizeilichen Datenbestand ist eine automatisierte Recherche im Sinne der Fragestellung nicht möglich. Eine Beauftragung zur notwendigen retrograden Erhebung und Zusammenführung dieser Daten würde zu einem erheblichen und nicht vertretbaren zeitlichen und personellen Aufwand führen – u. a. auch bei den betroffenen Basisdienststellen und Verbänden. Folglich kann eine Beantwortung der Fragestellung nicht erfolgen.

Bezüglich des Themenkomplexes Aufarbeitung des G20-Gipfels 2017 wird im Übrigen auf den Verfassungsschutzbericht Bayern 2018 (S. 214 f.) verwiesen.

- 5. Beteiligung der Linksjugend [‘solid] Bayern an Protesten gegen die Energieversorgung**
- 5.1 Wie viele Mitglieder der Linksjugend [‘solid] Bayern haben sich nach Kenntnis der Staatsregierung an den „Protesten“ gegen die Energieversorgung Deutschlands z. B. im Hambacher Forst, Tagebau Garzweiler z. B. um den 23.06.2018, „Fridays for future“ beteiligt (bitte aufschlüsseln nach der Anzahl, die sich beteiligt hat, der Anzahl, die ermittlungsdienstlich behandelt wurden, der Anzahl, gegen welche ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde)?**
- 5.2 Wie viele Mitglieder der Linksjugend [‘solid] Bayern oder mit Wohnsitz in Bayern wurden im Umfeld der in Frage 5.1 abgefragten „Proteste“ getätigten Polizeikontrollen kontrolliert und wurden als Information und/oder Kontrollergebnisse den bayerischen Behörden zugänglich gemacht (bitte nach Kontrollen in Bayern und in anderen Bundesländern aufschlüsseln)?**
- 5.3 Welche Gegenstände wurden bei den in Frage 5.2 abgefragten Kontrollen gefunden, die mit den Mitgliedern der Linksjugend [‘solid] Bayern in Zusammenhang gebracht werden?**

Die Antwort wird auf die konkret angefragten „Proteste“ beschränkt.

Dem BayLfV ist bekannt, dass sich die Linksjugend [‘solid] unter dem Motto „System Change not Climate Change! Hambacher Forst verteidigen! Klimakiller stoppen!“ an den Protesten gegen den Braunkohleabbau beteiligt hat. Ebenso ist bekannt, dass Ortsverbände der Linksjugend [‘solid] lokale Veranstaltungen der „Fridays for Future“-Bewegung beworben haben. Zu konkreten Teilnehmerzahlen der Linksjugend [‘solid] an den „Protesten“ liegen keine Erkenntnisse vor.

Im Übrigen ist im polizeilichen Datenbestand eine automatisierte Recherche im Sinne der Fragestellung nicht möglich. Eine Beauftragung zur notwendigen retrograden Erhebung und Zusammenführung dieser Daten würde zu einem erheblichen und nicht vertretbaren zeitlichen und personellen Aufwand führen – u. a. auch bei den betroffenen Basisdienststellen und Verbänden. Folglich kann eine Beantwortung der Fragestellung nicht erfolgen.

- 6. Staatsbeamte als Mitglieder der Linksjugend [‘solid] Bayern**
- 6.1 Von wie vielen Staatsbeamten ist bekannt, dass sie Mitglieder in der Partei „DIE LINKE“ oder Mitglieder der Linksjugend [‘solid] Bayern sind?**
- 6.2 Von wie vielen Lehrern oder Lehramtsanwärtern ist bekannt, dass sie Mitglieder in der Partei „DIE LINKE“ oder Mitglieder der Linksjugend [‘solid] Bayern sind?**

Es werden keine statistischen Daten im Sinne der Fragestellung erhoben. Entsprechend kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

Besteht jedoch der Verdacht, dass ein Angehöriger des öffentlichen Dienstes (z. B. durch Mitgliedschaft in einer extremistisch beeinflussten oder extremistischen Organisation wie der Linksjugend [‘solid]) gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstößt, hat die zuständige Personaldienststelle anhand des konkreten Einzelfalles gemäß Teil 2 Nr. 7 Verfassungstreue-Bekanntmachung zu prüfen, ob dienstrechtlich vorgesehene Maßnahmen zu ergreifen sind, um ihn zur Erfüllung seiner Dienstpflichten anzuhalten oder ihn aus dem Dienst zu entfernen.

6.3 Wie schützt sich der bayerische Verfassungsschutz davor, dass seine Mitarbeiter zugleich Mitglieder in der Partei „DIE LINKE“ oder Mitglieder der Linksjugend [solid] Bayern sind (bitte hierzu die konkreten Aufrufe/Initiativen der Führung des bayerischen Verfassungsschutzes mit Datum angeben)?

Vor der Einstellung beim BayLfV wird bei jedem Bewerber eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen nach dem Bayerischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz (BaySÜG) durchgeführt. Unter anderem wird im Rahmen dieser Überprüfung ermittelt, ob der Bewerber Mitglied in verfassungsfeindlichen bzw. extremistischen Organisationen ist oder Beziehungen dorthin unterhält. Ein Bewerber wird erst dann eingestellt, wenn im Rahmen der erfolgten Sicherheitsüberprüfung keine sicherheits-erheblichen Erkenntnisse bzw. kein Sicherheitsrisiko bekannt wurden. Darüber hinaus finden bei allen Mitarbeitern des BayLfV gemäß BaySÜG turnusmäßig Wiederholungsüberprüfungen statt.

Es wird darauf hingewiesen, dass nur die offen extremistischen Strukturen in der Partei DIE LINKE, nicht aber die Partei in ihrer Gesamtheit dem Beobachtungsauftrag des BayLfV unterliegen.

7. Verbeamtete in Demonstrationen unter Teilnahme von Extremisten

7.1 Wie haben sich verbeamtete Lehrer des Freistaates gemäß § 33 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) zu verhalten, wenn sie an einer Demonstration teilnehmen, auf der gleichzeitig und in unmittelbarer Nähe verschiedene Organisationen und Bündnisse, die vom Bundesamt oder von einzelnen Landesämtern für Verfassungsschutz als offen linksextremistisch eingestuft werden, unter sichtbarer Benutzung ihrer Erkennungszeichen, demonstrieren?

7.2 Wie haben sich verbeamtete Lehrer des Freistaates gemäß § 33 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) zu verhalten, wenn sie an einer Demonstration teilnehmen, auf der gleichzeitig und in unmittelbarer Nähe verschiedene Gruppierungen, die vom Bundesamt oder von einzelnen Landesämtern für Verfassungsschutz als offen rechtsextremistisch eingestuft werden, unter sichtbarer Benutzung ihrer Erkennungszeichen, demonstrieren?

Staatliche Lehrkräfte im Beamtenverhältnis müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten sowie bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung wahren, die sich aus ihrer Stellung gegenüber der Allgemeinheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten ihres Amtes ergibt (§ 33 BeamStG).

Diese Grundsätze sind durch die Lehrkraft auch bei der Teilnahme an einer Demonstration zu beachten. Besteht beispielsweise aufgrund des Verhaltens der Lehrkraft bei einer Demonstration der Verdacht des Verstoßes gegen diese Pflicht zur Verfassungstreue, so prüft die zuständige Personaldienststelle, ob die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen sind, um sie zur Erfüllung ihrer Dienstpflichten anzuhalten oder sie aus dem Dienst zu entfernen.

7.3 Welche Rechtshinweise, Anordnungen oder Anweisungen hat die Staatsregierung in der Vergangenheit hinsichtlich der rechtskonformen Anwendung des § 33 Beamtenstatusgesetz bzw. vergleichbarer Regelungen für tarifbeschäftigte Lehrkräfte – insbesondere im Zusammenhang mit der Teilnahme an politischen Demonstrationen und der Abgrenzung zu extremistischen Organisationen – Staatsbeamten – insbesondere den Lehrkräften – zugeleitet (bitte diese Schriftstücke im Wortlaut dieser Anfragen beifügen)?

Jede Lehrkraft wird vor ihrer Einstellung in den staatlichen Schuldienst über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst belehrt bzw. muss einen Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue beantworten. In diesem Zusammenhang wird auch die Mitgliedschaft in bzw. Unterstützung einer extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisation geprüft. Dieses Verfahren ist in der Bekanntmachung der Staatsregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst (Verfassungs-

treue-Bekanntmachung – VerftöDBek) vom 03.12.1991 (AllMBl. S. 895, StAnz. Nr. 49), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 27.12.2016 (AllMBl. S. 2138) geändert worden ist, festgelegt.

Darüber hinausgehende grundsätzliche Anweisungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Teilnahme an politischen Demonstrationen von staatlichen Lehrkräften, erfolgten bislang nicht bzw. waren nicht veranlasst.

- 8. Welche personellen und/oder organisatorischen Überschneidungen zwischen der Linksjugend [’solid] des Landesverbandes Bayern und anderen – insbesondere vom bayerischen Verfassungsschutz beobachteten – Organisationen bzw. Vereinen aus dem linken Milieu sind der Landesregierung bekannt (bitte ausdifferenzieren für z. B. Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München [a.i.d.a.], Sozialistische Alternative [SAV], Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft [GEW], Deutscher Gewerkschaftsbund [DGB], „Rote Hilfe e.V.“, Interventionistische Linke, „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – VVN Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.“, Jusos, Grüne Jugend etc.)?**

Die Antwort wird auf die angefragten Überschneidungen mit den dem Beobachtungsauftrag des BayLfV unterliegenden Gruppierungen Sozialistische Alternative (SAV), Rote Hilfe e.V. (RH), Interventionistische Linke (IL), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) beschränkt.

Dem BayLfV sind insoweit keine personellen bzw. organisatorischen Überschneidungen bekannt.

Hinsichtlich der übrigen angefragten Gruppierungen wird auf Abs. 2 Satz 3 der Antwort zu den Fragen 3.1 und 3.2 verwiesen. Jenseits des Beobachtungsauftrags findet auch keine systematische Datenerhebung zu etwaigen Verbindungen von extremistischen Gruppierungen zu nicht dem Beobachtungsauftrag unterliegenden Gruppierungen statt.